

Bei der nachfolgenden Satzung handelt es sich um eine Lesefassung, die den Stand der zuletzt angegebenen Änderung beinhaltet. Ältere, nicht mehr gültige Inhalte wurden überschrieben oder entnommen.

Weiterhin wurde diese Lesefassung den Bedürfnissen und Anforderungen von Personen mit Behinderungen angepasst, damit diese auch in Vorleseassistenten (Screenreader) richtig wiedergegeben werden kann.

Der Abdruck erfolgt ohne Gewähr. Verbindlich sind nur die in den amtlichen Bekanntmachungen veröffentlichten Satzungsinhalte.

Hauptsatzung der Stadt Steinheim

vom 15. November 1999
in der Fassung der Änderungssatzungen:
16. Änderungssatzung vom 15.03.2021

Inhalt

Präambel	2
§ 1 Name, Bezeichnung, Stadtgebiet	2
§ 2 Hoheitszeichen	2
§ 3 Einteilung des Stadtgebietes in Bezirke.....	2
§ 4 Gleichstellung von Frau und Mann.....	4
§ 5 Unterrichtung der Einwohner	4
§ 6 Anregungen und Beschwerden	5
§ 7 Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder	5
§ 8 Dringlichkeitsentscheidungen	6
§ 9 Ausschüsse.....	6
§ 10 Aufwandsentschädigung, Verdienstausfallersatz.....	6
§ 11 Genehmigung von Rechtsgeschäften	7
§ 12 Bürgermeister	8
§ 13 Stellvertreter des Bürgermeisters	8
§ 14 Fraktionen.....	8
§ 15 Öffentliche Bekanntmachungen.....	8
§ 16 Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen	9
§ 17 Inkrafttreten	9
Bekanntmachungsanordnung	9

Präambel

Aufgrund von § 7 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen, Seite 666 fort folgende) hat der Rat der Stadt Steinheim am 18.10.1999 mit Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder die folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1

Name, Bezeichnung, Stadtgebiet

- (1) Die Stadt Steinheim besteht seit dem 01.01.1970. Sie wurde aufgrund des Gesetzes zur Neugliederung des Kreises Höxter vom 02.12.1969 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen, Seite 818) aus den früheren selbständigen Gemeinden Bergheim, Hagedorn, Ottenhausen, Rolfzen, Sandebeck, Vinsebeck, Vordereichholz und der Stadt Steinheim nach Abschluß freiwilliger Gebietsänderungsverträge zusammengeschlossen. Aus dem Kreise Detmold ist die frühere Gemeinde Grevenhagen hinzugetreten.
- (2) Die Flächengemeinde führt den Namen "Stadt Steinheim".

§ 2

Hoheitszeichen

- (1) Die Stadt Steinheim führt als Dienstsiegel ihr Wappen. Es zeigt eine rote Stadtmauer in Silber (weiß) mit goldenem (gelbem) Tor, bekrönt von drei runden Zinntürmen, deren mittlerer doppelt gezinnt ist.



Das Dienstsiegel gleicht in Form und Größe dem nebenstehend beigedrückten Siegel.

- (2) Die Flagge ist grün-weiß und trägt das Stadtwappen.

§ 3

Einteilung des Stadtgebietes in Bezirke

- (1) Das Stadtgebiet wird in folgende Stadtbezirke eingeteilt:
 - a) Bergheim
 - b) Eichholz
 - c) Grevenhagen
 - d) Hagedorn
 - e) Ottenhausen
 - f) Rolfzen
 - g) Sandebeck
 - h) Steinheim
 - i) Vinsebeck

Die Grenzen der Stadtbezirke sind mit den früheren Gemeindegrenzen identisch.

- (2) Für nachstehende Stadtbezirke wird je 1 Bezirksausschuss gebildet, dem mindestens 2 Ratsmitglieder angehören müssen. Die Bezirksausschüsse haben folgende Mitgliederzahlen:

Bergheim	9 Mitglieder
Ottenhausen	7 Mitglieder
Rolfzen	7 Mitglieder
Sandebeck	9 Mitglieder
Steinheim	13 Mitglieder
Vinsebeck	9 Mitglieder

Die Bestellung beratender Mitglieder richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften (§ 39 Absatz 4 Nummer 3 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen). Die sachkundigen Bürger und beratenden Mitglieder der Bezirksausschüsse müssen in dem Bezirk, für den sie bestellt werden, wohnen.

(3)

- a) Die Bezirksausschüsse sind in allen wichtigen Angelegenheiten, die den Stadtbezirk betreffen, vor der Beschlußfassung im Rat beziehungsweise im entscheidungsbefugten Ausschuß nach Möglichkeit zu hören. Sie haben ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die den Stadtbezirk betreffen.
- b) Den Bezirksausschüssen werden gemäß § 41 Absatz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen die Entscheidungen im Rahmen der ihnen zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel über folgende Angelegenheiten übertragen:
 - (1) Förderung, Ausgestaltung von Kinderspielplätzen, Sport- und Grünanlagen sowie Mehrzweckhallen pp.
 - (2) Unterhaltung und Ausgestaltung von Friedhöfen.
 - (3) Förderung der Land- und Forstwirtschaft, insbesondere der Wirtschaftswege.
 - (4) Brauchtums- und Heimatpflege.
- c) Die Bezirksausschüsse sind möglichst für ihre Bezirke zu folgenden Angelegenheiten zu hören:
 - 1) Verwaltung und Unterhaltung bebauter und unbebauter Grundstücke
 - 2) Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen.
 - 3) Bau von Ortsstraßen und Wirtschaftswegen.
 - 4) Einrichtung und Unterhaltung der Straßenbeleuchtung.
 - 5) Ehrung von Bürgern des Stadtbezirks.
 - 6) Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtbezirk.
 - 7) Die Bezirksausschüsse können sich mit Anregungen und Vorschlägen über Angelegenheiten, die sich auf den Stadtbezirk beziehen, an den Rat wenden.
 - 8) Der Vorsitzende hat die Beschlüsse des Ausschusses an den Rat weiterzuleiten und auf deren Ausführung, soweit sie nicht Geschäfte der laufenden Verwaltung betreffen, zu achten.

(4) Für folgende Stadtbezirke werden Bezirksverwaltungsstellen eingerichtet, die ehrenamtlich verwaltet werden:

Bergheim
 Ottenhausen
 Rolfzen
 Sandebeck
 Vinsebeck

Die näheren Befugnisse regelt der Bürgermeister im Rahmen seiner Befugnisse gemäß § 62 Absatz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen.

(5) Für die Stadtbezirke

Eichholz
Grevenhagen
Hagedorn

wird vom Rat ein Ortsvorsteher gewählt.

- (6) Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlzeit des Rates. Der Ortsvorsteher muß in dem Stadtbezirk, für den er bestellt wird, wohnen und dem Rat angehören oder angehören können. Der Bürgermeister und seine Stellvertreter sollen nicht zum Ortsvorsteher gewählt werden.
- (7) Der Ortsvorsteher hat die Belange seines Stadtbezirkes gegenüber dem Rat wahrzunehmen. Im Rahmen dieser Aufgabe ist er jederzeit berechtigt und verpflichtet, Wünsche, Anregungen und Beschwerden aus seinem Stadtbezirk aufzugreifen und an den Rat oder an den für die Entscheidung der Angelegenheit zuständigen Ausschuß weiterzuleiten. Der Rat bzw. der Ausschuß sollen den Ortsvorsteher vor der Entscheidung über Angelegenheiten, die die Belange des Stadtbezirks berühren, hören. Die Anhörung kann sowohl schriftlich als auch mündlich erfolgen. Sie soll mündlich erfolgen, wenn der Ortsvorsteher in einer Angelegenheit dem Rat Wünsche, Anregungen oder Beschwerden vorgetragen hat.
- (8) Der Bürgermeister kann den Ortsvorsteher mit der Erledigung bestimmter Geschäfte der laufenden Verwaltung beauftragen. Der Ortsvorsteher führt diese Geschäfte in Verantwortung gegenüber dem Bürgermeister durch.
- (9) Zur Abgeltung des dem Ortsvorsteher durch die Wahrnehmung seiner Aufgaben entstehenden Aufwandes erhält er eine monatliche Aufwandsentschädigung nach Maßgabe des § 3 Absatz 2 Satz 2 der Entschädigungsverordnung.
- (10) Der Bürgermeister ist berechtigt, den Vorsitzenden eines Bezirksausschusses beziehungsweise den Ortsvorsteher in geeigneten Fällen mit der Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben und Verpflichtungen zu beauftragen.

§ 4

Gleichstellung von Frau und Mann

- (1) Der Bürgermeister bestellt eine hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Gemeinde mit, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben.
- (3) Der Bürgermeister unterrichtet die Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gemäß Absatz 2 rechtzeitig und umfassend.

§ 5

Unterrichtung der Einwohner

- (1) Der Rat hat die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt zu unterrichten. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (zum Beispiel Hinweis in der örtlichen Presse, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) entscheidet der Rat von Fall zu Fall.
- (2) Eine Einwohnerversammlung soll insbesondere stattfinden, wenn es sich um Planungen oder Vorhaben handelt, die die strukturelle Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Stadtgebietes beschränkt werden.
- (3) Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt alle Einwohner durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung für die Einberufung des

Rates festgelegte Ladungsfrist gilt entsprechend. Der Bürgermeister führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet der Bürgermeister beziehungsweise der zuständige Amtsleiter die Einwohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung beziehungsweise des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Ratsmitgliedern aller Fraktionen und dem Bürgermeister zu erörtern. Eine Beschlußfassung findet nicht statt. Der Rat ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.

- (4) Die dem Bürgermeister aufgrund der Geschäftsordnung obliegende Unterrichtspflicht bleibt unberührt.

§ 6

Anregungen und Beschwerden

- (1) Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Stadt Steinheim fallen.
- (2) Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Steinheim fallen, sind vom Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Der Antragsteller ist hierüber zu unterrichten.
- (3) Eingaben von Bürgern, die weder Anregungen oder Beschwerden zum Inhalt haben, (zum Beispiel Fragen, Erklärungen, Ansichten und so weiter), sind ohne Beratung vom Bürgermeister zurückzugeben.
- (4) Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden im Sinne von Absatz 1 bestimmt der Rat den Hauptausschuß.
- (5) Der für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach Absatz 4 zuständige Ausschuß hat diese inhaltlich zu prüfen. Danach überweist er sie an die zur Entscheidung berechnigte Stelle. Bei der Überweisung kann er Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnigte Stelle nicht gebunden ist.
- (6) Das Recht des Rates, die Entscheidung einer Angelegenheit, die den Gegenstand einer Anregung oder Beschwerde bildet, an sich zu ziehen (§ 41 Absatz 2 und 3 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen), bleibt unberührt.
- (7) Dem Antragsteller kann aufgegeben werden, Anregungen oder Beschwerden in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Anzahl einzureichen. Die Beratung kann in diesen Fällen bis zur Einreichung der notwendigen Unterlagen ausgesetzt werden.
- (8) Von einer Prüfung von Anregungen und Beschwerden soll abgesehen werden,
 - a) wenn der Inhalt einen Straftatbestand erfüllt,
 - b) gegenüber bereits geprüften Anregungen oder Beschwerden kein neues Sachvorbringen vorliegt.
- (9) Der Antragsteller ist über die Stellungnahme des nach Absatz 4 zuständigen Ausschusses durch den Bürgermeister zu unterrichten.

§ 7

Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder

- (1) Der Rat der Stadt Steinheim führt die Bezeichnung "Rat der Stadt Steinheim".
- (2) Die Mitglieder des Rates führen die Bezeichnung "Ratsfrau" bzw. "Ratsherr".

§ 8 Dringlichkeitsentscheidungen

Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses oder des Bürgermeisters mit einem Ratsmitglied (§ 60 Absatz 1 und 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen) bedürfen der Schriftform.

§ 9 Ausschüsse

- (1) Der Rat beschließt, welche Ausschüsse außer den in der Gemeindeordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenen Ausschüssen gebildet werden. Die Zahl der Ausschußmitglieder soll ungerade sein.
- (2) Der Rat kann für die Arbeit der Ausschüsse allgemeine Richtlinien aufstellen.
- (3) Der Hauptausschuss ist ermächtigt, über alle Angelegenheiten, für die der Rat zuständig ist, zu entscheiden, soweit sie diesem nicht ausschließlich vorbehalten sind. Grundstücksangelegenheiten, außer der Veräußerung von Wege- und Splissparzellen, obliegen der Entscheidung des Rates. Die übrigen vom Rat gewählten Ausschüsse können im Rahmen ihres Wirkungsbereichs Entscheidungen treffen, die sich im Rahmen der im Haushaltsplan ausgewiesenen Mittel halten müssen. Die Ausschüsse werden ermächtigt, in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches die Entscheidungen dem Bürgermeister zu übertragen. Aufträge im Rahmen der im Haushaltsplan veranschlagten Mittel bis zu einem Betrag in Höhe von 37.500 € können vom Bürgermeister vergeben werden. § 41 Absatz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen ist dabei zu beachten. Über die ausgeführten Auftragsvergaben ist dem zuständigen Ausschuss Kenntnis zu geben. Entscheidungen grundsätzlicher Art obliegen dem Rat beziehungsweise dem Hauptausschuss.

§ 10 Aufwandsentschädigung, Verdienstausfallersatz

- (1) Die Mitglieder des Rates erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages und eines Sitzungsgeldes nach Maßgabe des § 1 Absatz 2 Nummer 1 b der Entschädigungsverordnung für die Teilnahme an Rats-, Ausschuß- und Fraktionssitzungen. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 6 Sitzungen im Jahr beschränkt. Fraktionssitzungen können auch elektronisch als Distanzveranstaltung durchgeführt werden, wenn hierzu alle üblicherweise an einer Fraktionssitzung teilnehmenden Personen eingeladen wurden und ihnen die Tagesordnung bekannt gegeben wurde. Der sich daraus ergebende Betrag wird einmal jährlich pauschal ausgezahlt.
- (2) Sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner erhalten für die Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld nach Maßgabe des § 2 Nummer 1 der Entschädigungsverordnung. Dies gilt unabhängig vom Eintritt des Vertretungsfalles auch für die Teilnahme an Fraktionssitzungen als stellvertretendes Ausschussmitglied. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 6 Sitzungen im Jahr beschränkt. Der sich daraus ergebende Betrag wird einmal jährlich pauschal ausgezahlt.
- (3) Rats- und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalles, der ihnen durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der Arbeitszeit erforderlich ist. Der Anspruch besteht auch für maximal 8 Arbeitstage je Wahlperiode im Falle der Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen, die der Mandatsausübung förderlich ist. Der Verdienstausfall wird für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist.
- (4) Alle Rats- und Ausschussmitglieder erhalten einen Regelstundensatz, es sei denn, dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben. Der Regelstundensatz

entspricht dem Regelstundensatz nach § 3 a Entschädigungsverordnung, mindestens aber einem Betrag entsprechend dem § 1 Absatz 2 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohnes.

- (5) Unselbständigen wird im Einzelfall der den Regelstundensatz übersteigende Verdienstausschlag gegen entsprechenden Nachweis, zum Beispiel durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers, ersetzt.
- (6) Selbständige können eine besondere Verdienstausschlagpauschale je Stunde erhalten, sofern sie einen den Regelsatz übersteigenden Verdienstausschlag glaubhaft machen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.
- (7) Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannte pflegebedürftige Person nach Sozialgesetzbuch, 11. Buch ist, oder einen Haushalt mit mindestens 3 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt mindestens den Regelstundensatz. Auf Antrag werden statt des Regelstundensatzes die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.
- (8) Entgeltliche Kinderbetreuungskosten, die außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit aufgrund der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt notwendig werden, werden auf Antrag in Höhe der nachgewiesenen Kosten erstattet. Kinderbetreuungskosten werden nicht erstattet bei Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, besondere Umstände des Einzelfalls werden glaubhaft nachgewiesen. Die Kosten werden in Höhe der tatsächlichen, nachgewiesenen Kosten, höchstens aber bis zur Höhe des Regelstundensatzes nach Absatz 4 Satz 2 erstattet.
- (9) In keinem Fall darf der Verdienstausschlag den Betrag nach § 3 a Absatz 2 der Entschädigungsverordnung überschreiten.
- (10) Stellvertretende Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende - bei Fraktionen mit mindestens 8 Mitgliedern auch ein stellvertretender Vorsitzender und mit mindestens 16 Mitgliedern auch zwei stellvertretende Vorsitzende - erhalten neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe des § 3 der Entschädigungsverordnung.
- (11) Die Ausschussvorsitzende folgender Ausschüsse erhalten keine Aufwandsentschädigung gemäß § 46 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen:
 - a) Finanz-, Wirtschaftsförderungs- und Fremdenverkehrsausschuss
 - b) Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales
 - c) Heimatpflege-, Kultur- und Umweltausschuss
 - d) Schulausschuss
 - e) Rechnungsprüfungsausschuss
 - f) Bezirksausschuss Bergheim
 - g) Bezirksausschuss Ottenhausen
 - h) Bezirksausschuss Rolfzen
 - i) Bezirksausschuss Sandebeck
 - j) Bezirksausschuss Vinsebeck
 - k) Bezirksausschuss Kernstadt

§ 11

Genehmigung von Rechtsgeschäften

- (1) Verträge der Stadt mit Mitgliedern des Rates oder der Ausschüsse sowie mit dem Bürgermeister und den leitenden Dienstkräften der Stadt bedürfen der Genehmigung des Rates.

- (2) Keiner Genehmigung bedürfen:
 - a) Verträge, die auf der Grundlage feststehender Tarife abgeschlossen werden,
 - b) Verträge, denen der zuständige Ausschuß auf der Grundlage einer von der Stadt vorgenommenen Ausschreibung zugestimmt hat,
 - c) Verträge, deren Abschluß ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 41 Absatz 3 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen) darstellt.
- (3) Leitende Dienstkräfte im Sinne dieser Vorschrift sind der Bürgermeister und sein allgemeiner Vertreter.

§ 12 Bürgermeister

- (1) Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf den Bürgermeister übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einen Ausschuß für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält. Nähere Einzelheiten sind in den vom Rat zu beschließenden Zuständigkeitsregelungen zu treffen.
- (2) Im übrigen hat der Bürgermeister nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind.
- (3) Der Bürgermeister informiert den Hauptausschuss über seine beamten-, arbeits- und tarifrechtlichen Entscheidungen.

§ 13 Stellvertreter des Bürgermeisters

- (1) Der Rat beschließt vor der Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters über die Anzahl, die gem. § 67 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen zu wählen ist.
- (2) Der Rat wählt zu Beginn der 1. Sitzung nach der Neuwahl für die Dauer seiner Wahlzeit aus seiner Mitte ohne Aussprache ehrenamtliche Stellvertreter des Bürgermeisters. Sie vertreten den Bürgermeister in der sich aus dem Wahlergebnis ergebenden Reihenfolge bei der Leitung der Ratssitzungen und bei der Repräsentation.

§ 14 Fraktionen

- (1) Zur Finanzierung ihrer Geschäftsführung erhält jede Fraktion im Rat der Stadt Steinheim folgende finanzielle Ausstattung:
 - a) unabhängig von ihrer Größe monatlich einen Betrag von 40,00 Euro
 - b) je Fraktionsmitglied pro Monat einen Betrag von 8,00 Euro
- (2) Die Entschädigung nach Absatz 1 wird rückwirkend zum Quartalsende gezahlt.

§ 15 Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Steinheim, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden vollzogen durch Bereitstellung im Internet (<https://www.steinheim.de>). Nachrichtlich wird auf die erfolgte Bereitstellung und die Internetadresse im Amtsblatt „Mitteilungsblatt der Stadt Steinheim“ hingewiesen.
- (2) Für die öffentliche Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Ratssitzungen oder wenn eine öffentliche Bekanntmachung in der durch Absatz 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich ist, erfolgt die Bekanntmachung durch Aushang an folgenden Bekanntmachungstafeln:

Kernstadt:	am Rathaus, Marktstraße 2, Schiederstraße Billerbecker Straße / Bahnunterführung
Bergheim:	Liboriusstraße / an der Kirche
Eichholz:	vor Grundstück Kösliner Straße 33
Grevenhagen:	gegenüber der Kirche, Eggering
Hagedorn:	zwischen den Grundstücken Brand Nummer 2 und Freese Nummer 4
Ottenhausen:	neben dem Buswartehäuschen, Lange Straße
Rolfzen:	am Buswartehäuschen, Stoppelbergstraße
Sandebeck:	am Buswartehäuschen der Haltestelle „Gasthaus“, Teutoburger-Wald-Straße
Vinsebeck:	Bushaltestelle, Steinheimer Straße

- (3) Ist gesetzlich bestimmt, dass öffentliche Bekanntmachungen nur ergänzend oder zusätzlich durch Bereitstellung im Internet erfolgen können oder müssen, so erfolgt die öffentliche Bekanntmachung abweichend von Absatz 1 durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Steinheim „Mitteilungsblatt der Stadt Steinheim“. Ist eine ergänzende Bereitstellung im Internet vorgeschrieben, so erfolgt dieses ausschließlich auf der Internetseite <https://www.steinheim.de>.
- (4) Ist die Auslegung von Unterlagen gesetzlich vorgeschrieben und sieht dieses auch die Bereitstellung der auszulegenden Unterlagen im Internet vor, so erfolgt dieses ausschließlich auf der Internetseite <https://www.steinheim.de>. Die gesetzliche Verpflichtung, vorgeschriebene externe Portale zu nutzen, bleibt hiervon unberührt.

§ 16

Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen

- (1) Der Rat macht von der Ermächtigung des § 73 Absatz 3 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen gebrauch und bestimmt, dass für Bedienstete in Führungsfunktionen Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis eines Bediensteten zur Gemeinde verändern, durch den Rat im Einvernehmen mit dem Bürgermeister zu treffen sind.
- (2) Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, so kann der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen. Kommt eine Entscheidung des Rates nicht spätestens in der auf die erstmalige Beratung folgenden Sitzung zu Stande, so ist die Entscheidung abschließend durch den Bürgermeister zu treffen.

§ 17

Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 25.11.1994, zuletzt geändert durch die 2. Änderungssatzung vom 27.03.1998, außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Hauptsatzung der Stadt Steinheim wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- der Bürgermeister hat den Ratsbeschluß vorher beanstandet oder

- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinheim, den 15. November 1999

gezeichnet Spieß
Bürgermeister